

Dominik Geppert**Die Rückkehr der deutschen Frage**

Die Annahme, mithilfe der Währungsunion verschwinde das Problem von Hegemonie und Gleichgewicht in Europa, war ein politischer Denkfehler. Speziell zur Lösung der «deutschen Frage», von der im 19. und 20. Jahrhundert so viel Unruhe und Unheil ausging, hat der Euro weniger beigetragen als vielfach angenommen. Im Gegenteil, er hat sie in dramatischer Weise zugespitzt. Dabei hatte Heinrich August Winkler vor wenigen Jahren noch hoffnungsfroh erklärt, die deutsche Frage sei gelöst. Seit 1990, so argumentierte er, gehöre ganz Deutschland zum Kreis der westlichen Demokratien. Die deutsche Wiedervereinigung habe nicht nur das Verhältnis von Einheit und Freiheit ins Lot gebracht. Sie habe auch die offenen Fragen des deutschen Territoriums und der deutschen Grenzen beantwortet und das Problem der europäischen Sicherheit gelöst.¹

Winkler stand mit seinem Urteil nicht allein. Timothy Garton Ash, ein scharfsichtiger Beobachter der europäischen Verhältnisse, schloss einen Essayband 1999 mit der optimistischen Bemerkung, Deutschland habe sich von einem Unsicherheitsfaktor zu einem Ruhepol des Kontinents gewandelt. Die großen Entscheidungen seien gefallen, die Weichen gestellt. Denke man an die Ungewissheiten zurück, mit denen die 1990er Jahre begonnen hätten, an die enormen Sorgen, die es nicht nur in Britannien gegeben habe, so müsse man die zehn Jahre seither als große Erfolgsstory bezeichnen. Auf der Problemliste Europas stehe Deutschland nun ganz unten. Als «das verblüffende Ergebnis eines erstaunlichen Jahrzehnts» hielt Garton Ash fest: «Die deutsche Frage gibt es nicht mehr.»²

1 H. A. Winkler, «Die deutsche Frage ist gelöst, die europäische Frage ist offen. 60 Jahre Bundesrepublik: Rückblick und Ausblick», in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 9 (2009), 490–494.

2 T. Garton Ash, «Envoi. Europa, Britannien, Deutschland», in: ders., *Zeit der Freiheit. Aus den Zentren von Mitteleuropa*, München-Wien 1999, 474–483, hier 482–483.

1. Deutschlands halbe Hegemonie in Europa

Knapp fünfzehn Jahre später sehen die Dinge anders aus. Die «deutsche Frage» ist zurück auf der europäischen Agenda – und zwar in einem neuen oder vielmehr: in einem ganz alten Gewand. Es geht nicht länger, wie im Kalten Krieg, um die deutsche Teilung und die Grenzen im Osten. Es geht vielmehr, wie zwischen 1871 und 1945, um die Frage, wie sich der deutsche Nationalstaat in der Mitte Europas in die Statik und Dynamik des Kontinents einfügt, wie er politisch stabil sein und wirtschaftlich prosperieren kann, ohne die Sicherheit und das Wohlergehen der anderen Länder Europas zu gefährden. Das wiedervereinigte Deutschland hat wieder jene «ungeschickte Größenordnung», die Kurt Georg Kiesinger 1967 hellsichtig prophezeit hatte: zu groß, um sich problemlos in die europäischen Strukturen einzufügen, aber zu klein, um sich als unangefochtene Hegemonialmacht durchzusetzen.³

Schon Anfang, Mitte der 1980er Jahre hatten kluge Analytiker erste Anzeichen für eine Rückkehr der «deutschen Frage» bemerkt. Der amerikanische Historiker David Calleo warnte damals vor einer Moralisierung des Problems, das Deutschland im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert für Europa dargestellt habe. Die Schwierigkeit der Deutschen, sich in Europa einzufügen, habe weniger mit deren spezieller Bösartigkeit zu tun, als mit strukturellen Gegebenheiten. Wenn man diese Prämisse akzeptiere, eröffne sich die «unbehagliche Möglichkeit, dass das alte <Deutsche Problem> selbst mit guten Deutschen wieder aufleben könnte». Man müsse die Aussicht in Betracht ziehen, dass der lange Nachkriegsboom nur «eine Art Erholungspause von dem traditionellen deutschen Problem» gebracht habe und dass dieser «Urlaub von der Vergangenheit» zu Ende gehe, weil die Welt immer pluralistischer werde und stärker auf die Wirtschaft ausgerichtet sei.⁴

Vor 1914 hatten die anderen europäischen Mächte die halbhegemoniale Stellung des Deutschen Reiches auf dem Kontinent durch diplomatische Absprachen und Allianzen begrenzen wollen.⁵ Nach dem Ersten Weltkrieg versuchten sie, das Reich durch Rüstungsbeschränkungen, Gebietsabtretungen und Reparationszahlungen zu isolieren und zu schwächen. Nach 1945 bevorzugten sie, auch auf Druck der USA, nicht mehr Gegenmachtbildung und Zwang, sondern die Einbindung in eine starke europäische Gemeinschaft. Deutsche Machtmittel wie die Kohle- und Stahlindustrie wurden europäisiert und dadurch unschädlich ge-

3 Siehe Kiesingers Rede beim Staatsakt der Bundesregierung zum Tag der Deutschen Einheit im Bundestag, 17. 6. 1967, abgedruckt in: P. Longenrich (Hg.), *«Was ist des Deutschen Vaterland?» Dokumente zur Frage der deutschen Einheit 1800–1990*, 4. Aufl., München 1996, 233.

4 D. Calleo, *Legende und Wirklichkeit der deutschen Gefahr*, Bonn 1980, 13–14.

5 Vgl. hierzu meinen Beitrag in der *Süddeutschen Zeitung* (9. Oktober 2012).

macht. Den Kern der westeuropäischen Nachkriegsordnung bildete das Arrangement zwischen Frankreich und der Bundesrepublik. Die Westdeutschen brachten ihre Wirtschaftskraft ein und überließen den Franzosen die politische Führung.

Solange der deutsche Wirtschaftsaufschwung in der ersten Hälfte der 1950er Jahre noch in den Anfängen steckte und die Bundesrepublik unter Besatzungsstatut stand, war die französische Vorherrschaft unangefochten und die Regelung damit tragfähig. Nach 1955 jedoch erwies sich der Ausgleich als zunehmend prekär, nicht weil die Deutschen gegen die französische Führungsrolle aufbegehrt hätten, sondern weil sich der Schwerpunkt innerhalb der deutsch-französischen Partnerschaft verschob. Die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik wuchs, während die Insignien der politischen Vorherrschaft Frankreichs verblassten. Die französische Hegemonie, so hat es Tony Judt einmal pointiert zusammengefasst, beruhte in den Angelegenheiten Westeuropas bald nur noch «auf einer nuklearen Waffe, die das Land nicht benutzen konnte, einer Armee, die es innerhalb der Grenzen des Kontinents nicht aufmarschieren lassen konnte, und einem internationalen politischen Rang, der weitgehend aus der Großzügigkeit der drei Siegermächte nach dem Zweiten Weltkrieg erwachsen war».⁶

Zunächst fürchtete Frankreich vor allem die Stärke der deutschen Industrie. Aber die unterschiedliche industrielle Leistungskraft wirkte sich auch auf die Währungen der beiden Länder aus. Je deutlicher der wirtschaftliche Vorsprung der Bundesrepublik wurde, desto mehr erblickte Frankreich in der Währungspolitik einen Hebel deutscher Hegemonie. Bereits im System von Bretton Woods, das auf feste Wechselkurse mit dem Dollar als Leitwährung zielte, war der französische Franc dreimal ab- und die D-Mark zweimal aufgewertet worden. Damit bewahrte Frankreich zwar seine internationale Wettbewerbsfähigkeit, erlitt aber einen schmerzhaften Prestigeverlust. Der Trend verschärfte sich nach dem Zusammenbruch von Bretton Woods 1973 in den europäischen Wechselkursverbänden der Währungsschlange und des EWS. Dort etablierte sich die D-Mark als Leitwährung. Die Bundesbank bestimmte die Richtlinien der Geldpolitik nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für die anderen Mitgliedsländer, deren Zentralbanken den Vorgaben aus Frankfurt zu folgen hatten.

Es lag in der Logik der supranationalen Einhegungspolitik, dass gerade Frankreich daran interessiert war, nach Kohle und Stahl auch die D-Mark zu vergemeinschaften und damit die währungspolitische Hegemonie der Bundesbank zu brechen, insbesondere als die Überwindung der europäischen Spaltung in den Jahren nach 1990 einen Machtzuwachs des wiedervereinigten Deutschlands mit sich brachte. Welche Rolle der Zusammenbruch der DDR für den Erfolg des

6 T. Judt, «Europa: Die große Illusion», in: *Merkur* 50 (1996), 993–1005, hier 993.

französischen Vorhabens spielte, ist umstritten. Außenminister Genscher hatte schon 1988 eigene Pläne für eine Währungsunion lanciert. Auch Kanzler Kohl hatte sich das Projekt, nach anfänglichem Zögern, prinzipiell zu Eigen gemacht, bevor die friedliche Revolution in Ostdeutschland begann. Es gab aber auch starke Gegenkräfte in der Bundesbank, im Finanz- und Wirtschaftsministerium, selbst im Auswärtigen Amt und im Kanzleramt, die gern auf Zeit gespielt hätten, um die Einheitswährung auf eine unbestimmte Zukunft zu vertagen.⁷

In jedem Falle erhöhte der Umbruch im Osten den Zeitdruck und gab der französischen Diplomatie einen Hebel in die Hand, einen festen Fahrplan für den Weg in die Währungsunion durchzusetzen. Zudem gewann Kohl in den entscheidenden Wochen um die Jahreswende 1989/90 den Eindruck, ohne Zugeständnisse drohe eine Isolation Deutschlands in Europa, möglicherweise auch eine französische Blockade bei den anstehenden Zwei-plus-Vier-Verhandlungen. Bei allem Enthusiasmus für die europäische Einigung war Kohl sich bewusst, dass sein Entgegenkommen in der Währungsfrage weitreichend war. Er habe seine Entscheidung «gegen deutsche Interessen» getroffen, sagte er dem amerikanischen Außenminister James Baker drei Tage nach dem entscheidenden EG-Gipfel in Straßburg im Dezember 1989. Aber der Schritt sei politisch wichtig gewesen, weil Deutschland Freunde brauche.⁸

Die europäische Schuldenkrise hat Kohls Überlegung als Trugschluss entlarvt. Statt durch die Aufgabe der D-Mark feste Freunde zu gewinnen, sieht Deutschland sich in Europa Feindseligkeit und Misstrauen gegenüber, wie zu keinem Zeitpunkt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Politik der Einbindung und Selbsteinbindung Deutschlands stößt an ihre Grenzen – nicht durch bösen Willen, sondern weil dem Dilemma der deutschen Größe auch durch Europäisierung nicht beizukommen ist. Das wahre Problem in der Europäischen Gemeinschaft – so Kohl schon im Dezember 1989 gegenüber dem amerikanischen Präsidenten Bush – bestehe darin, «dass die Schere der Wirtschaftskraft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den anderen EG-Ländern sich immer weiter öffne. Alle hätten jedoch einen Vorteil davon, weil die Bundesrepublik Deutschland immer mehr zahle.»⁹ Kohls Zustimmung zur Währungsunion ohne gleichzeitige oder vorangehende politische Union hat das deutsche Dilemma nicht gelöst, sondern verschlimmert.

Fünfzehn Jahre später verschärft Angela Merkels Politik der kleinen Schritte das Problem weiter. Auf der einen Seite kettet sie die deutsche Politik um jeden Preis an den Erhalt der Einheitswährung, indem sie Europa mit dem Euro identi-

7 Siehe hierzu zuletzt H.-P. Schwarz, *Helmut Kohl. Eine politische Biographie*, München 2012.

8 Gespräch zwischen Bundeskanzler Kohl und US-Außenminister James Baker am 12.12.1989, in: *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des*

Bundeskanzleramtes 1989/90. Dokumente zur Deutschlandpolitik, München 1998, 638.

9 Gespräch zwischen Bundeskanzler Kohl und US-Präsident George Bush am 3.12.1989, in: ebd., 603.

fiziert («Scheitert der Euro, dann scheitert Europa»). Auf der anderen Seite bekennt sie sich zu der im nationalen Interesse liegenden Maxime, keine deutschen Finanzhilfen zu gewähren, ohne daran die Forderung nach schmerzhaften Strukturformen in den Schuldnerländern zu koppeln. Die anderen Europäer fürchten nicht mehr wie früher das Diktat der Bundesbank bei der Festlegung der Zinssätze. Sie fühlen sich ihrer demokratischen Selbstbestimmung beraubt und um wirtschafts- und sozialpolitische Kompetenzen betrogen, die traditionell zum Kernbestand nationaler Souveränität gehören.

Merkel, so hat es der Publizist Moritz Schuller im Berliner *Tagesspiegel* während der Zypern-Krise formuliert, betreibe in der Euro-Krise «pädagogische Politik». Geld gebe es nur gegen Auflagen. Die Kanzlerin versuche damit, zwei Dinge auf einmal durchzusetzen: einen langfristigen Strukturwandel in den betroffenen Ländern und gleichzeitig deren wirtschaftliche Gesundung. Wie die aktuelle ökonomische Entwicklung zeige, «lassen sich beide Ziele nicht zugleich erreichen, schlimmer noch: Die ausbleibende wirtschaftliche Wende diskreditiert die Reformen, behindert den Erkenntnisprozess und provoziert den Rest der EU offenbar so sehr, dass sie Hitlerbärte malen müssen».¹⁰

Deutschland, daran führt kein Weg vorbei, hat im Rahmen der Währungsunion wieder eine halbhegemoniale Stellung in Europa inne. Es ist zu stark, um sich in die Institutionen der gemeinsamen europäischen Währung einzufügen. So ist beispielsweise die deutsche Forderung verständlich (wenn auch aussichtslos), mit einer Bevölkerung von 80 Millionen und einem Kapitalanteil von 27 Prozent im Rat der Europäischen Zentralbank wolle man ein größeres Stimmengewicht besitzen als Länder mit 400.000 Einwohnern und 0,09 Prozent Kapitalanteil. Gleichzeitig aber, das wird zunehmend deutlich, ist Deutschland auch viel zu schwach, um im Rest Europas die deutsche Politik durchzusetzen. Vor allem wird es nicht gelingen, anderen Ländern eine nachhaltige Haushaltspolitik aufzuzwingen.

Deutschland ist nicht zur «Hegemonialmacht Europas» geworden, noch nicht einmal zu einem «Hegemon wider Willen», wie der Konstanzer Staatsrechtler Christoph Schönberger es formuliert hat.¹¹ Eine deutsche Vormacht würde nicht nur an den europäischen Verträgen scheitern, sondern mehr noch am Widerstand der anderen europäischen Staaten, zumal Frankreichs und Großbritanniens. Umgekehrt aber erscheint auch ein «integratives Gleichgewicht» und eine «gemeinsame Führung» mit Frankreich, wie sie dem Kölner Politikwissenschaftler Werner Link als Alternative vorschwebt, unter den Bedingungen der Eurokrise nicht mehr realisierbar.¹²

10 M. Schuller, «Zypern Brothers», in: *Tagesspiegel* (23. März 2013).

11 C. Schönberger, «Hegemon wider Willen. Zur Stellung Deutschlands in der Europäischen Union», in: *Merkur* 752 (Januar 2012), 1–8, hier 1.

12 W. Link, «Integratives Gleichgewicht und gemeinsame Führung. Das europäische System und Deutschland», in: *Merkur* 762 (November 2012), 1025–1034.

2. Deutschlands Isolierung

Zusammen mit der halben Hegemonie in Europa ist ein anderes unliebsames Relikt der Vergangenheit zurückgekehrt. Immer öfter finden sich deutsche Vertreter in Beratungen und bei Entscheidungen auf europäischer Ebene isoliert: seien es die Vertreter der Bundesbank im EZB-Rat oder die Kanzlerin im Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs. Vor dieser Entwicklung hatten Kritiker des Euro schon in den 1990er Jahren gewarnt. Der Versuch, schrieb damals der Historiker Arnulf Baring, Deutschlands mögliche Isolierung durch eine europäische Währungsunion zu verhindern, könne paradoxerweise gerade wegen der Heftigkeit scheitern, mit der sich die deutsche Politik diese ursprünglich französische Initiative zu eigen gemacht habe. Denn es erscheine immer mehr als deutsches Projekt, und so nehme der Widerstand anderer europäischer Staaten antideutsche Untertöne an. Damit werde gerade das herbeigeführt, was man unbedingt vermeiden wollte: «eine Isolierung Deutschlands».¹³

Mittlerweile hat sich die Prognose bewahrheitet. Man muss sich nur die Umstände in Erinnerung rufen, unter denen zunächst Axel Weber mit seinem Rücktritt als Bundesbankpräsident aus dem Rat der Europäischen Zentralbank und später Jürgen Stark als Chefvolkswirt aus dem Direktorium der EZB ausgeschieden sind. Beide hatten vergeblich auf der Geltung des Maastricht-Vertrages beharrt und sich dagegen gewehrt, dass die EZB Anleihen der europäischen Schuldenstaaten aufkaufte, um ihnen zu verbesserten Kreditkonditionen zu verhelfen. Beide standen mit dieser Position in der EZB weitgehend allein. Jens Weidmann, der Weber im Mai 2011 als Präsident der Bundesbank nachfolgte, ist es seither nicht besser ergangen. Als die EZB im August 2012 die zwischenzeitlich ausgesetzten Anleihekäufe gegen den erbitterten Protest der Bundesbank wieder aufnahm, wurde Weidmanns Isolation im Zentralbankrat sogar öffentlich gemacht, was den üblicherweise äußerst diskreten Gepflogenheiten der EZB widersprach. Damit war aller Welt vor Augen geführt, dass die Position der Bundesbank, die noch fünfzehn Jahre zuvor die europäische Geldpolitik bestimmt hatte, in der EZB nichts mehr zählte.

Als die Bundesregierung in den 1990er Jahren die D-Mark in der europäischen Gemeinschaftswährung aufgehen ließ, geschah das in der optimistischen Annahme, auf diesem Wege werde die Stabilität der deutschen Währung und die Geldpolitik der Bundesbank in den Euroraum exportiert. Damit schien das, was der britische Publizist David Marsh die «strategischen Zwillingenziele» der deutschen Nachkriegspolitik genannt hat, wunderbar miteinander in Einklang gebracht: Stabile Finanzen und europäische Integration sollten einander ergänzen.¹⁴

13 A. Baring, (in Zusammenarbeit mit D. Geppert), *Scheitert Deutschland? Abschied von unseren Wunschen*, Stuttgart 1997, 122.

14 D. Marsh, *The Euro. The Battle for the New Global Currency*, New Haven-London 2011, 265.

Zwei Jahrzehnte später ist das Gegenteil Wirklichkeit geworden. Finanzielle Solidität und europäische Einigung befinden sich erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte miteinander in Widerspruch. Statt eine stabile Währung zu exportieren, hat die Bundesrepublik die Folgewirkungen der geldpolitischen Schwächen ihrer europäischen Nachbarn importiert. Statt mit der Aufgabe der D-Mark die europäische Einigung unumkehrbar zu machen, ist mit dem Euro der Fortgang des Integrationsprozesses so ernsthaft wie nie zuvor infrage gestellt.

3. Fazit

Keine der bislang diskutierten Strategien zur Rettung der Währungsunion wird Deutschland aus der Zwangslage politischer Isolierung und halber Hegemonie befreien. Setzt sich die Bundesregierung, was unwahrscheinlich genug ist, mit ihren im Fiskalpakt formulierten Forderungen nach strikter Haushaltsdisziplin und schmerzhaften Strukturreformen zumal in den südeuropäischen Ländern durch, werden von dort dauerhaft Proteste gegen ein deutsches Diktat und eine neo-imperiale Politik Berlins zu hören sein.

Obsiegen umgekehrt, wonach es immer mehr aussieht, jene Kräfte, die ein noch stärkeres finanzielles Engagement der Bundesrepublik fordern, etwa durch ungebremsten Kauf von Staatsanleihen der Krisenländer seitens der EZB, durch die Europäisierung der nationalen Schulden mittels Eurobonds, durch gigantische Wachstumsprogramme oder über Kredite des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), dann werden die Transfers innerhalb der Währungsunion Ausmaße annehmen, durch die auch die bislang noch so erfolgreiche deutsche Volkswirtschaft auf die Dauer Schaden nehmen wird.

Die Währungsunion hat genau die Gefahren erneut heraufbeschworen, die man mithilfe der europäischen Einigung hinter sich lassen wollte: Isolation und jene halbe Hegemonie, in der sich das Deutsche Reich zu seinem und Europas Unglück im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert immer wieder befunden hat. Die Fortsetzung des bisherigen Kurses in der europäischen Schuldenkrise kann nicht im deutschen Interesse sein.¹⁵

Dominik Geppert

Institut für Geschichtswissenschaft
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Konviktstraße 11
53113 Bonn
e-mail: dominik.geppert@uni-bonn.de

15 Vgl. ausführlicher D. Geppert, *Ein Europa, das es nicht gibt. Die fatale Sprengkraft des Euro*, München 2013 (erscheint im August 2013).